

NIEDERSCHRIFT

über die 7. Sitzung des Ausschusses für Soziales, Familien- und Seniorenfragen

vom:	25.01.2001
von:	16.00 Uhr
bis:	17.50 Uhr
Ort:	Rathaus Geisweid, Zimmer 109

Anwesend waren:

I. Vom Ausschuss für Soziales, Familien- und Seniorenfragen:

Stv Dr. Stötzel, Wolfgang - als Vorsitzender -
Stv Eberlein, Klaus-Peter
Stv Flohren, Angelika
AM Kaiserling, Carl-Norbert
AM Kamieth, Jens
Stv Katz, Reinhilde
Stv Krombach, Ulrich
AM Nell, Karl-Heinz
Stv Neubauer, Hans Peter
Stv Rujanski, Detlef
Stv Schmidt, André
Stv Schulte, Werner - für Stv Elter, Uwe -
AM Tigges, Johannes

II. Beratende Mitglieder:

AM Griffig, Thomas
AM Gürke, Volker - für AM Klein, Horst bis 17.25 Uhr -
AM Kill, Erika
AM Löwenberg, Horst
AM Max, Christian - ab 16.10 Uhr -
AM Mücke, Helga
AM Nauck, Gerda

III. Als Zuhörer:in:

Stv Wolf, Marianne

IV. Von der Verwaltung:

BM Stötzel, Ulf - ab 17.30 Uhr -

StR Dr. Rohr
Städt. VD Fischer
Dipl.-Ing. Weidt - ab 16.40 Uhr bis 17.45 Uhr -
StAR Reisch
Städt. VR Häuser
Stl Engelmann
VA Roth
StOI Schöler - als Schriftführer -

Nicht anwesend waren:

Stv Elter, Uwe

Zur Tagesordnung:

Auf Antrag von Herrn Schmidt kommt der Ausschuss überein, den Tagesordnungs-punkt 7 des öffentlichen Teiles abzusetzen.

A ÖFFENTLICHE SITZUNG

1. Bestimmung eines Ausschussmitgliedes zur Mitunterzeichnung der Niederschrift (SPD)

Zur Mitunterzeichnung der Niederschrift wird Herr Eberlein bestimmt.

7. AfSFS 25.01.2001

2. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 16.11.2000

Die Niederschrift wird bei Stimmenthaltungen (wegen Nichtanwesenheit) genehmigt.

7. AfSFS 25.01.2001

3. Fragestunde

Es liegen keine Anfragen vor.

7. AfSFS 25.01.2001

4. Anträge gem. § 9 der Geschäftsordnung

Es liegen keine Anträge vor.

7. AfSFS 25.01.2001

5. Beratung des Verwaltungsentwurfes von Haushaltssatzung / Haus-haltsplan 2001 einschließlich des Investitionsprogrammes 2000 - 2004

Herr Reisch weist eingangs auf die äußerst schwierige Haushaltsslage hin. Bedingt durch die in verschiedenen Bereichen gestiegenen Ausgaben und die nicht ausrei-chend angewachsenen Einnahmen insbesondere bei der Gewerbesteuer sowie bei der Beteiligung an der Einkommensteuer kann der originäre Haushaltsausgleich in

2001 nicht hergestellt werden. Der originäre Fehlbetrag beläuft sich auf 7,098 Mio. DM und beträgt einschließlich des Fehlbetrages aus dem Haushaltsjahr 1999 von 38,824 Mio. DM insgesamt 45,922 Mio. DM. Zudem ist der Fehlbetrag aus 1998, veranschlagt im Haushaltsjahr 2000, noch abzudecken, so dass die Fehlbetragslast für die nachfolgenden Haushaltsjahre 80,275 Mio. DM beträgt.

Nach der mittelfristigen Finanzplanung sollen zur Haushaltskonsolidierung - Abbau der Fehlbeträge bis zum Haushaltsjahr 2007 - jährlich Vermögenserlöse eingesetzt werden, die dem Verwaltungshaushalt aus dem Vermögenshaushalt zugeführt werden. Darüber hinaus sind alle Anstrengungen zu unternehmen, um die Einnahmen zu verbessern und die Ausgaben insbesondere im freiwilligen Bereich nicht anwachsen zu lassen.

Der Vermögenshaushalt 2001 mit dem Investitionsvolumen der Einzelpläne 0 - 8 von 35,707 Mio. DM enthält überwiegend Fortsetzungsmaßnahmen und zwangsläufige Ersatzbeschaffungen. Einige wenige Ratsbeschlüssen entsprechenden neue Maßnahmen sind vorgesehen. Eine weitere Ausweitung des Investitionsvolumens würde die jetzt vorgesehene Kreditverschuldung von 7,666 Mio. DM erhöhen. Die Haushaltskonsolidierung erfordert keine zusätzliche Netto-Neuverschuldung, da die Zinsen und Tilgungen den Verwaltungshaushalt belasten.

Insgesamt gesehen müssen weiter wie bisher Anstrengungen zur Haushaltssanierung unternommen werden.

Der Ausschuss für Soziales, Familien- und Seniorenfragen des Rates der Stadt Siegen berät die in seinen Zuständigkeitsbereich fallenden Haushaltsansätze.

Zu folgenden Positionen wurden Anmerkungen, Hinweise und Bitten vorgebracht:

VERWALTUNGSHAUSHALT

HHSt. 1.400.1620.9 - Kostenbeteiligung des Kreises an der Schuldnerberatung

Herr Löwenberg bittet die Ausschussmitglieder, die sowohl im städtischen als auch im Kreissozialausschuss mitwirken, auf eine künftig höhere Beteiligung hinzuwirken.

HHSt. 1.436.5000.6 - Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen

Herr Krombach weist auf den schlechten Zustand der betreffenden Gebäude hin und beantragt, den Ansatz um 50 TDM auf 80 TDM zu erhöhen.

Beschluss (auf Antrag von Herrn Krombach):

Der Ausschuss für Soziales, Familien- und Seniorenfragen empfiehlt, den Haushaltsansatz bei HHSt. 1.436.5000.6 um 50 TDM auf 80 TDM aufzustocken.

Beratungsergebnis: 1 Stimme dafür (Bündnis 90/Die Grünen), 12 Stimmen
Enthaltungen

dagegen, 0

Der Antrag ist somit abgelehnt.

HHSt. 1.437.5000.0 - Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen

Herr Krombach macht auf den schlechten Unterhaltungszustand der Container, insbesondere im Goldammerweg, aufmerksam und beantragt, den Ansatz um 50 TDM auf 100 TDM aufzustocken. Er schlägt vor, eine der nächsten Sitzungen in der Asylantenunterkunft Goldammerweg inkl. einer Besichtigung durchzuführen.

Beschluss (auf Antrag von Herrn Krombach):

Der Ausschuss für Soziales, Familien- und Seniorenfragen empfiehlt, den Haushaltsansatz bei HHSt. 1.437.5000.0 um 50 TDM auf 100 TDM aufzustocken.

Beratungsergebnis: 1 Stimme dafür (Bündnis 90/Die Grünen), 12 Stimmen
Enthaltungen

dagegen, 0

Der Antrag ist somit abgelehnt.

HHSt. 1.470.7176.0 - Zuschüsse zur Durchführung der Altenhilfe

Der Ansatz ist seit einigen Jahren unverändert, so Herr Löwenberg. Da mit dem Haushaltssoll i. H. v. 60 TDM nicht alle Anträge finanziert werden können, schlägt er eine Erhöhung um 6 TDM auf 66 TDM vor.

Dem schließt sich Herr Krombach an und erhebt den Vorschlag von Herrn Löwen-berg zum Antrag.

Beschluss (auf Antrag von Herrn Krombach):

Der Ausschuss für Soziales, Familien- und Seniorenfragen empfiehlt, den Haushaltsansatz bei HHSt. 1.470.7176.0 um 6 TDM auf 66 TDM aufzustocken.

Beratungsergebnis: 1 Stimme dafür (Bündnis 90/Die Grünen), 11 Stimmen
Enthaltung (SPD)

dagegen, 1

Der Antrag ist somit abgelehnt.

HHSt. 1.498.7320.1 - Unterstützungsmaßnahmen für kinderreiche Familien

Eine Verteilung der Mittel wird aufgrund von Richtlinien vorgenommen, die Herr Fischer Frau Katz auf deren Bitte zukommen lässt.

HHSt. 1.498.7330.9 - Gewährung von einmaligen Beihilfen (Emil-Schmidt-Stiftung)

HHSt. 1.498.7340.6 - Kosten der Erholung alleinstehender älterer Mitbürger (Stiftung Balogh)

Herr Löwenberg möchte wissen, für welche Zwecke die Stiftungsmittel heran-gezogen werden.

Die geltenden Rahmenregelungen wird Herr Fischer in der nächsten Sitzung vorstellen.

VERMÖGENSHAUSHALT

HHSt. 1.436.9400.3 - Auflösung von Übergangseinrichtungen; Rückbau/Beseitigung

Auf Frage von Herrn Krombach antwortet Herr Fischer, dass mit den einkalkulierten Mitteln der voraussichtliche Abriss der Übergangseinrichtung St.-Johann-Straße finanziert werden soll.

Herr Schmidt macht darauf aufmerksam, dass auch die Übergangseinrichtung auf dem „Bertramsplatz“ zu entfernen ist.

INVESTITIONSPROGRAMM 2000 - 2004

- keine Anmerkungen -

Beschluss:

Der Ausschuss für Soziales, Familien- und Seniorenfragen des Rates der Stadt Siegen empfiehlt dem Rat der Stadt Siegen, den Entwurf von Haushaltssatzung / Haushaltsplan 2001 einschließlich des Investitionsprogrammes 2000 - 2004 zu beschließen.

Beratungsergebnis: 11 Stimmen dafür, 1 Stimme dagegen
(Bündnis 90/Die Grünen), 1 Enthaltung (UWG)

7. AfSFS 25.01.2001

6. „Wohnbauflächenkonzept“ der Stadt Siegen

hier: - auf § 31 GO NW wird hingewiesen

Vorlagenr. 875/00

Votum des Sozialausschusses sollte sein, vordringlich kinderreichen Familien und Alleinerziehenden mit Kindern die Möglichkeit zu geben, kostengünstige Häuser zu errichten, so Herr Krombach. Dieses Ziel ist in den Bereichen „Giersberg Ost“ und „Ober dem Feldgarten“ nicht zu erreichen. Die Einstufung der Gebiete Fischbacher-berg und Wellersberg in die Priorität „eins“ bewertet er als gut.

Herr Schmidt spricht sich gegen die Schließung sämtlicher Baulücken am Fisch-bacherberg aus. Er bezieht sich diesbezüglich insbesondere auf den Wohnbauent-wicklungsbereich Nr. 13.2.2 auf Seite 77/78 des Wohnbauflächenkonzeptes.

Er beantragt, den Beschlussvorschlag dahingehend zu ändern, dass der Ausschuss für Soziales, Familien- und Seniorenfragen das Wohnbauflächenkonzept nicht em-pfiehlt, sondern lediglich zur Kenntnis nimmt.

Frau Nauck fordert, die soziale Infrastruktur jeweils mitzubeachten.

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Soziales, Familien- und Seniorenfragen empfiehlt dem Haupt- und Finanzausschuss - als Planungsausschuss - und dem Rat der Stadt Siegen das "Wohnbauflächenkonzept" als Grundlage für eine zukunfts- und zielgerichtete städtebauliche Entwicklung für die nächsten ca. 15 Jahre im Stadtgebiet von Siegen mit dem Ziel einer nachhaltigen und kontinuierlichen Bereitstellung von Wohnbau-land.

Beratungsergebnis: Mehrheitlich dagegen

Beschlussvorschlag (auf Antrag von Herrn Schmidt):

Der Ausschuss für Soziales, Familien- und Seniorenfragen nimmt das "Wohnbau-flächenkonzept" als Grundlage für eine zukunfts- und zielgerichtete städtebauliche Entwicklung für die nächsten ca. 15 Jahre im Stadtgebiet von Siegen mit dem Ziel einer nachhaltigen und kontinuierlichen Bereitstellung von Wohnbau-land zur Kenntnis.

Beratungsergebnis: Mehrheitlich dafür

7. AfSFS 25.01.2001

7. Sachstandsbericht zur Reorganisation der Förderstrukturen für freie Träger innerhalb des FB 5 - Soziales, Familien, Jugend und Wohnen

Vorlagennr. 833/00

Der Tagesordnungspunkt wurde abgesetzt.

7. AfSFS 25.01.2001

8. Jahresbericht 2000 Sozialer Wohnungsbau

Vorlagennr. 917/01

Beschluss:

Der Ausschuss für Soziales, Familien- und Seniorenfragen nimmt den Jahresbericht 2000 zur Kenntnis.

Beratungsergebnis: Mehrheitlich dafür

7. AfSFS 25.01.2001

9. Antrag des Kreisverbandes der Arbeiterwohlfahrt auf Bezuschussung einer Weihnachtsfeier am 21.12.2000 im Großen Saal der Siegerland-halle

Vorlagennr. 918/01

Die Herren Eberlein und Max erklären sich für befangen und nehmen an Beratung und Beschlussfassung nicht teil.

Herr Löwenberg kritisiert, dass die Angelegenheit nicht in der vorangegangenen Sitzung beraten wurde. Er regt an, die durch die Richtlinien festgelegte Antragsfrist von 6 Monaten auf 3 Monate zugunsten der Antragsteller zu verkürzen.

Die Verkürzung der Antragsfrist ist zu überdenken, so auch die Herren Schmidt und Rujanski.

Beschluss:

Der Ausschuss für Soziales, Familien- und Seniorenfragen des Rates der Stadt Siegen lehnt den Antrag vom 20.10.2000 des Kreisverbandes Siegen-Wittgenstein/Olpe der Arbeiterwohlfahrt ab.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen

7. AfSFS 25.01.2001